

VA Schulte erläutert die Sitzungsvorlage und verweist auf die laut Tischvorlage aktualisierten Daten. Der gesamte Haushalt wurde, sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen auf Verbesserungen untersucht. Insgesamt ergibt sich ein Fehlbedarf unter Berücksichtigung der aktuellen Änderungen von 1.039.400 € für den Verwaltungshaushalt.

RM Eggerichs fragt an, warum trotz einer Haushaltssperre von 170.000 € die Ausgaben insgesamt um rund 260.000 € ansteigen. Wie aus der Budgetaufstellung ersichtlich, ist dieses vornehmlich durch Kostensteigerungen im Budget 13 und der Personalaufwendungen zurückzuführen. Er fragt daher an, ob in den Letzteren bereits die zusätzlichen Personalkosten für Kontrollen von Hundehaltern enthalten sind. BM Böhling teilt hierzu mit, dass dieses nicht der Fall ist. Die Kostensteigerungen im Personalbereich sind auf die zusätzlichen Kräfte und den entsprechenden Tarifabschluss für Mitarbeiter von Kindertagesstätten zurückzuführen. Auf weitere Nachfrage von RM Eggerichs, wie denn die zusätzlichen Personalkosten für ordnungsrechtliche Überwachungskräfte finanziert werden sollen, teilt BM Böhling mit, dass sich die anteiligen Kosten für dieses Haushaltsjahr auf rund 3.000 bis 5.000 € belaufen würden und diese aufgrund des Gesamtvolumens des Personaletats von rund 7 Mio € abgedeckt wären. RM Eggerichs merkt dazu an, dass freie Mittel besser für Straßensozialarbeit, z.B. in Roffhausen, eingesetzt werden sollten.

VA Schulte erläutert im Weiteren den Vermögenshaushalt und das Haushaltssicherungskonzept. Aufgrund der Rückzahlung eines Teiles der Umlage 2008 für den Jade-Weser-Park haben sich aktuell Ausgabeminderungen von 19.700 € ergeben, die Kreditaufnahme beträgt damit noch 2.070.600 € für 2009.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass die BfB-Fraktion heute ihren Antrag vom 05.08.2009 bis zu den Beratungen über den Haushalt 2010 zurückgestellt hat. Weiterhin hat die BfB-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept am 09.09.2009 einen Antrag auf Entlastung der Kommunen über Senkung der Kreisumlage gestellt, der von RM Just im Hinblick auf mögliche Verkaufserlöse aus Anteilen der EWE begründet wird. Er findet es richtig, wenn alle Kommunen an den Erlösen partizipieren, anstelle eine Kapitalerhöhung bei der EWE vorzunehmen. Hierbei handelt es sich um einen Finanzskandal, da die EWE ein gesundes Unternehmen ist; die Kommunen im Gegenzug aber Kapitalbedarf benötigen und alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen sollten. Gleichzeitig verweist er darauf, dass laut Aussage des BM aus der Bürgermeisterrunde es nicht mehr möglich sei, diese Mittel zu akquirieren.

RM Eggerichs teilt mit, dass seine Fraktion dem 2. Nachtrag 2009 und dem Haushaltssicherungskonzept aufgrund der Verschuldung nicht zustimmen wird. Er behält sich eine ausführlichere Begründung für die Ratssitzung am 01. Oktober 2009 vor, verweist jedoch bereits jetzt auf folgende Punkte:

1. Die öffentlichen Aussagen des BM zum Haushalt.
2. Der Umgang des BM mit Anträgen der SPD-Fraktion.
3. Die Aussage des Baubetriebshofleiters, dass bislang keine Synergieeffekte genutzt werden konnten, da andere Kommunen der AöR nicht beigetreten sind.

4. Grundsätzliche Bedenken gegen den Stammhaushalt im Februar 2009 bestanden und diese Argumente keine Berücksichtigung fanden.
5. Die Aussage der CDU-Fraktion, dass diese keine 16,5 Mio € Schulden zulassen wollten.
6. Die Forderung nach stärkeren Kontrollen von Verstößen durch Hundehalter.

RM Homfeldt führt aus, dass Investitionen für Schortens wichtig sind. Die Finanzlage der Stadt Schortens ist nicht hausgemacht. Im Hinblick auf den Baubetriebshof AÖR verweist er darauf, dass intensive Gespräche mit möglichen Partnern geführt werden müssen. Die CDU-Fraktion sieht die Verwendung der Verkaufserlöse der EWE-Anteile ebenfalls strittig. Seine Fraktion ist für die Schortenser Bürger verantwortlich. Bevor hier Steuern erhöht oder freiwillige Leistungen gekürzt werden, sollten die von RM Just beantragten Möglichkeiten verfolgt werden. Es kann nicht sein, dass Anteilseigner eines Unternehmens nicht an den Gewinnen partizipieren können. Hier fordert er bessere Informationen über die Aufsichtsräte. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die Verträge mit der EWE unter der SPD-Führung des Landkreises abgeschlossen wurden. Er bittet darum, den Antrag als Bitte an den BM umzuformulieren. Mit der Umformulierung ist RM Just einverstanden.